

Demokratischer Diskurs stärken: Reflexion über die aktuellen Demonstrationen gegen die Faschisten

Die vergangenen Tage haben eindrücklich gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland extremistische Ideologien und demokratiefeindliche Tendenzen nicht stillschweigend hinnehmen will. Die zahlreichen Demonstrationen gegen völkische und faschistische Parteien sind ein beeindruckendes Zeichen des Widerstands und der Solidarität. Das Engagement vieler Menschen, die sich für eine offene, pluralistische Gesellschaft einsetzen, ist nicht nur begrüßenswert, sondern auch bitter notwendig und überfällig.

Allerdings sollten wir im Rückhalt für demokratische Werte nicht die kritischen Aspekte übersehen. Im Zuge der Diskussionen und Planungen um die Demonstration in unserer Region ist mir aufgefallen, dass selbstauferlegte Einschränkungen getroffen wurden, die unserer demokratischen Kultur nicht zuträglich sind. Ein besonders herausstechender Punkt ist die Bitte um unterlassen von Parteienwerbung auf den Demonstrationen. Es ist verständlich, dass die Organisatoren nicht den Raum für parteipolitische Selbstdarstellung bieten wollen, besonders im Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen.

Akteurinnen und Akteure von Vereinen und Demokratieförderprojekten, die teilweise die überparteiliche Organisation übernommen haben, werden es verständlicherweise unterlassen, gerade Oppositionsparteien eine Plattform zu bieten. Dennoch stellt sich die Frage, ob dieser Weg die richtige Lösung ist. Parteien sind essentielle Handelnde in einer Demokratie und tragen dazu bei, politische Meinungsbildung und Diskurs zu gestalten. Ein differenzierterer Umgang mit diesem Thema könnte dazu beitragen, den demokratischen Diskurs zu stärken. Ein weiterer problematischer Punkt ist die restriktive Regelung hinsichtlich der Rednerinnen und Redner auf den Demonstrationen in unserer Region. Personen mit Parteihintergrund wird von offizieller Seite das Recht, am Rednerpult zu sprechen, verwehrt, um eine vermeintliche Vereinnahmung der Proteste zu verhindern. Andererseits dürfen Amtsträgerinnen und Amtsträger in ihrer Funktion sprechen, trotz ihrer Parteizugehörigkeit.

Dies birgt jedoch die Gefahr, dass der demokratische Austausch einseitig und eingeschränkt ist. Dabei wäre Kritik an den jetzigen Regierungen in Bund und Land gerade das Gebot der Stunde, da sie letztendlich durch ihre Rhetorik und ihr Handeln maßgeblich zum Grund der Demonstrationen beigetragen haben. Im Sinne der Vielfalt politischer Meinungen sollte auf solchen Veranstaltungen Raum gefunden werden, sich regierungskritischer Unzufriedenheit zu stellen, um einen fruchtbaren Dialog zu ermöglichen. Eine einseitige Beschränkung könnte der Demokratie indirekt einen Bärendienst erweisen. Es ist wichtig zu betonen, dass dies keine Kritik an den Demonstrationen an sich ist, sondern vielmehr ein Appell, den Blick auf die Grundprinzipien unserer Demokratie zu richten. Der Schutz vor Vereinnahmung durch Parteien ist natürlich legitim, aber er sollte nicht dazu führen, dass der demokratische Diskurs insgesamt beeinträchtigt wird. In der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner müssen wir darauf achten, nicht in eine Art „Gegenkultur“ zu verfallen, die den demokratischen Werten zuwiderläuft. Indem wir politische Meinungen und Diskussionen unterdrücken, riskieren wir, den Boden für diejenigen zu bereiten, gegen die wir eigentlich demonstrieren – die Feinde der Demokratie. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Stärke einer Demokratie gerade in der Fähigkeit liegt, unterschiedliche Standpunkte zu tolerieren und in einen offenen Dialog einzutreten. Es wäre wünschenswert, wenn die Organisatoren der Demonstrationen eine Reflexion über diese Aspekte vornehmen und Wege finden könnten, einen Raum für eine breite Palette demokratischer Stimmen zu schaffen.

Demokratie lebt von der Vielfalt der Meinungen, und gerade in Zeiten, in denen autoritäre Strömungen wieder erstarren, ist es entscheidend, die Grundprinzipien unserer demokratischen Ordnung zu verteidigen. Die beeindruckende Mobilisierung gegen die AfD und andere Faschisten sollte nicht nur als ein klares Zeichen des Widerstands, sondern auch als Anstoß für eine vertiefte Diskussion über die Werte unserer Demokratie dienen. Nur wenn wir unsere eigenen Prinzipien bewahren und gleichzeitig für einen offenen Dialog eintreten, können wir erfolgreich gegen diejenigen vorgehen, die versuchen, unsere demokratischen Grundlagen zu untergraben.

Frank Dittrich

Kreisvorsitzender DIE LINKE Zwickau



Viel zu früh wurde Klaus Tischendorf aus dem Leben gerissen.

Es ist eine entsetzliche Nachricht, dass Klaus Tischendorf, unser langjähriger Kreisvorsitzender im Erzgebirgskreis, so völlig unerwartet und mit nur 61 Jahren gestorben ist.

Als ich die Nachricht erhielt, konnte und wollte ich es erst gar nicht glauben. Zumal er uns als Landtagsfraktion erst Mitte Dezember, als Vorsitzender des ver.di Bezirksvorstands Sachsen West-Ost-Süd einen Prüfauftrag übermittelte, im Zusammenhang mit der Einführung des Frauentages als Feiertag in Sachsen. Das zeigt, Klaus war bis zum Schluss ehrenamtlich engagiert, auch nachdem er die hauptamtliche politische Bühne im September 2019 nach 20 Jahren verlassen hatte. Im Landtag war er vor allem in der Finanz-, Gewerkschafts- und Tourismuspolitik tätig. Von 2014 bis 2019 saß Klaus dem Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtages vor, wie es so schön heißt und hat sich dort viel Anerkennung erworben, weil er immer fair im Umgang mit allen war. Von 2007 bis 2014 war er Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, er musste also die Geschicke der Linksfraktion steuern und lenken. Zuerst mit André Hahn als Fraktionsvorsitzenden und später mit mir. Dabei konnte ich mich immer auf Klaus verlassen. Nie hatte ich das Gefühl, dass er sein Ding macht. Immer hat er sich für die Interessen der Fraktion gegenüber den Mitbewerberinnen und Mitbewerbern eingesetzt. Das zeigte auch die Reaktion des heutigen Kultusminister Christian Piwarz, der lange Jahre auch Parlamentarischer Geschäftsführer seiner CDU Fraktion war und sehr häufig mit Klaus zu tun hatte. Er war tief betroffen und hat mir sein Beileid persönlich überbracht.

Seine freundliche, lockere und uneitle Art machte Klaus über die Fraktionsgrenzen hinweg zu einem geachteten und beliebten Kollegen.

Die Erinnerung an Klaus ist für mich persönlich vor allem dadurch geprägt, dass wir viele Jahre gemeinsam zusammengearbeitet haben. Ja, es gab auch Dinge, bei denen wir nicht derselben Meinung waren, aber auch in diesen Situationen hat Klaus immer mit seinem alle einnehmenden Lachen sowie seiner erzgebirgischen Gelassenheit geholfen, die Probleme zu lösen. Klaus war bis zuletzt immer gefragt und zur Stelle, wenn es darum ging, sich als gestandener Gewerkschaftsmann aktiv und laut vernehmbar für die Interessen und Belange der Beschäftigten stark zu machen. Mit der ihm eigenen Verlässlichkeit, ausgesprochenen Bodenständigkeit sowie seiner Klarheit in Wort und Tat gelang es ihm, die parlamentarische Arbeit der Fraktion reibungslos zu organisieren,

um den „Laden“ Fraktion auch in komplizierten Zeiten zusammen zu halten, und dabei auch – wenn es notwendig wurde – stets die nötigen deutlichen Worte zu finden. Dabei half ihm seine freundliche, ruhige, umgängliche, umsichtige und anderen Menschen zugewandte Art. Auch in der Kommunalpolitik hat Klaus lange mitgemischt – von 1991 bis 1994 im Kreistag Stollberg, seit 1994 als Fraktionschef im Stadtrat von Lugau und von 2004 bis 2009 als Erster stellvertretender Bürgermeister der Stadt Lugau. Viele Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und aus der Landtagsverwaltung und der Staatsregierung haben mir in den letzten Tagen ihr Beileid ausgesprochen und bedauert, dass Klaus viel zu früh von uns gegangen ist.

Ein Mensch voller Herzlichkeit und Lebensfreude, der sowohl auf der politischen wie der gesellschaftlichen Ebene unermüdlich aktiv war und dabei als Macher wie auch als immer verständnisvoller Freund allseits geachtet wurde. Gekämpft und gearbeitet hat Klaus sein Leben lang und bis zuletzt für eine gerechtere, sozialere und friedlichere Welt. Wir alle und ich persönlich verlieren mit Klaus einen politischen Freund und Wegbegleiter. Das ist sehr bitter. Ich, wir werden ihn schmerzlich vermissen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Rico Gebhardt

Kreisvorsitzender
DIE LINKE Erzgebirge





Warum eigentlich „müssen“ wir uns erinnern und gedenken?

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin von Soldaten ermordet. Der sozialistische Spartakus-Aufstand, den die beiden angeführt hatten, war zu diesem Zeitpunkt von der Reichswehr und rechten Freikorps schon niedergeschlagen worden. Die regierende SPD hatte ihren Segen erteilt und damit ein Bündnis mit den Feinden der Republik geschlossen, denen sie später auch selbst zum Opfer fallen sollte.

Wie immer man den gescheiterten Versuch von Luxemburg und Liebknecht beurteilt, eine sozialistische Revolution in Deutschland mit Gewalt zu erzwingen - die Ermordung von wehrlosen Gefangenen war und ist ein feiges, ein unverzeihliches Verbrechen. Schuld haben nicht nur die Mörder selbst auf sich geladen, sondern auch der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske, der ihnen freie Hand gab.

Schon ein Jahr später versuchten im Lüttwitz-Kapp-Putsch die Rechtsradikalen, die Macht in Deutschland zu übernehmen und die Republik zu zerstören.

Diesmal weigerte sich die Reichswehr, die Demokratie zu verteidigen. Der Putsch scheiterte trotzdem an einem Aufstand der Zivilgesellschaft. Die Gewerkschaften organisierten einen Generalstreik, die Beamten weigerten sich, den Befehlen der Putschisten zu gehorchen.

Trotzdem erneuerte die Sozialdemokratie schon wenig später ihr Bündnis mit den Republikfeinden, um sozialistische Proteste niederzuschlagen. Die Freikorps-soldaten, die dabei eine führende Rolle spielten, trugen als Abzeichen damals schon das Hakenkreuz auf ihrem Stahlhelm. Aus diesem militant rechtsradikalen Milieu kamen später auch zahlreiche führende Nationalsozialisten und einige der Steigbügelhalter, die Hitler 1933 zur Macht verhalfen.

Wenn man aus der Geschichte etwas lernen kann, dann dies: Die rechten Feinde der Demokratie machen ihre Drohungen wahr. Sie setzen das in die Tat um, was sie angekündigt haben. Das bedeutet, man muss sie beim Wort nehmen.

Das spätere Programm der Nazis kann man schon bei den völkischen Nationalisten des Kaiserreichs nachlesen. Schon sie versprochen, alle demokratischen Institutionen abzuschaffen, die Gewerkschaften, die Sozialisten und die Liberalen zu liquidieren und stattdessen einem Führer die Macht zu übertragen.

Schon sie planten, mit militärischer Gewalt das deutsche Kolonialreich zu vergrößern und Lebensraum im Osten zu erobern. Schon sie wollten Völker im Osten versklaven und Europa unter deutsche Vorherrschaft bringen. Schon sie planten, den deutschen Juden die Staatsangehörigkeit zu entziehen, um sie so leichter entrechten, berauben, vertreiben und ermorden zu können. All dies geschah später unter der Herrschaft der deutschen Faschisten.

Wir haben jüngst erfahren, dass die neuen Faschisten der Gegenwart in Geheimtreffen erneut die Entrechtung und Vertreibung von Menschen planen. Es geht ihnen nicht nur, was schon schlimm genug wäre, um die Deportation von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Sie wollen auch Deutsche entrechten, die in ihren Augen nicht „assimiliert“ genug sind.

In Wahrheit unterscheidet sich die Ideologie der neuen Faschisten nur den Worten nach von der der alten Faschisten. Wenn die sogenannten „Identitären“ und ihre Freunde in der AfD von „ethnokultureller Identität“ sprechen, dann meinen sie nichts anderes als Blut und Boden. Und was ist in Wahrheit gemeint, wenn diese Rechtsradikalen von „Remigration“ sprechen? Millionen Menschen würden nach rassistischen Kriterien selektiert. Entrechtet und zur Deportation befohlen. Familien und Freundschaften würden zerrissen. Firmen und Häuser massenhaft enteignet. Widerstand mit Zwang und Gewalt gebrochen. Die Vision der AfD läuft auf nichts anderes heraus als auf ethnische Säuberung.

Wenn die Enthüllungen der vergangenen Tage ein Gutes haben: Die Zivilgesellschaft, die lange wie gelähmt schien angesichts des Aufstiegs der AfD, ist endlich aufgewacht. In Städten in ganz Deutschland, glücklicherweise auch in Sachsen, gehen Hunderttausende auf die Straße. Sie demonstrieren nicht einfach nur gegen die AfD. Sie zeigen ihre Solidarität mit allen Menschen, die durch die Pläne der AfD bedroht werden: Mit den Geflüchteten, die in Deutschland ein neues Zuhause gefunden haben. Mit den Deutschen, die aus Zuwandererfamilien kommen, und auch mit den Menschen, die von der AfD verfolgt werden, weil sie aktiv gegen rechts kämpfen.

Ich bin stolz darauf, dass meine Partei Die Linke sich aktiv an diesen Protesten beteiligt. Das Bündnis aber muss noch größer werden: Die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, die Sozialverbände, die Kirchen und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen sollten sich zusammenschließen und deutlich machen, dass die übergroße Mehrheit in Deutschland es niemals zulassen wird, dass die AfD regiert und ihre menschenverachtenden Pläne umsetzt. Es ist keine normale Partei, wie die anderen im Parlament vertretenden Parteien. Als Linker muss aber auch kritisch anmerken: Wenn Sozialdemokraten, Grüne und Liberale sich jetzt an den Protesten gegen die AfD beteiligen, aber gleichzeitig in Regierungsverantwortung Forderungen der AfD in praktische Politik umsetzen, dann ist das unehrlich. Die schlechte Politik der Ampel-Regierung ist mitverantwortlich für den Erfolg der AfD. Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Bundesregierung gerade die arbeitenden und benachteiligten Menschen in Deutschland immer weiter belastet und auf ihre Kosten kürzt. Die Vermögenden und die Konzerne haben einen direkten Draht ins Kanzleramt, aber die Interessen der Beschäftigten, der Familien mit geringem Einkommen, der Rentner, die Rentnerin, die Alleinerziehenden werden ignoriert.

Nur eine soziale Politik, die die immer weiterwachsende Ungleichheit in Deutschland reduziert, kann die Demokratie auf Dauer vor ihren rechten Feinden schützen. Die Gesellschaft muss gerechter werden und die Menschen brauchen wieder soziale Sicherheit, damit sie nicht durch Angst und Frust anfällig werden für rechte Propaganda. Um die Demokratie zu bewahren, reicht es nicht, sie ständig zu beschwören - wir müssen sie verändern und verbessern.

Wenn wir uns erinnern und gedenken, tun wir das deswegen, um zu verstehen warum es passierte, aber auch, um aus der Geschichte zu lernen.

Rico Gebhardt

Kreisvorsitzender DIE LINKE Erzgebirge

Fraktion ERZ

Aus der Kreistagsarbeit im Erzgebirge

Bereits zum 16. Kreistag wurde der Zchnitt der Wahlkreise für die 4. Wahlperiode beschlossen. Weder an der Anzahl der Wahlkreise (14 Stück) noch an den je Wahlkreis zusammengefassten Kommunen wurde etwas im Vergleich zu den ersten 3 Wahlperioden des Kreistages Erzgebirgskreis geändert. Auch die Anzahl der Kreisrät*innen 98 gewählte Vertreter*innen wurde nicht geändert. Zur 17. Kreistagssitzung erfolgten Änderungen in der Hauptsatzung sowie der Entschädigungssatzung (Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit).

Ab Ende 2024 wird es nicht mehr eine/n Beigeordnete/n sondern drei geben sowie eine/n Abteilungsleiter*in. Diese Leitungsebene wird somit um eine Person erweitert. Die Beigeordneten sind Wahlbeamte so wie auch der Landrat. Es sind demzufolge Dienstverhältnisse auf Zeit. Die Aufgaben sollen auf mehr Schultern verteilt werden. Spätestens am 31.12.2024, wenn der gegenwärtige Beigeordnete, Herr Stark, seinen wohlverdienten Ruhestand antritt, müssen also die Aufgaben neu gemischt werden. Man kann gespannt sein, wieviele Bewerbungen es für diese Funktionen geben wird.

Für die zukünftigen Kreisrät*innen ist die Entschädigungssatzung wissenswert. Ab der neuen Wahlperiode wird die monatliche Aufwandsentschädigung von 100 auf 150€ erhöht und das Sitzungsgeld (bei Teilnahme an einer Sitzung des Kreistages und seiner Gremien) steigt sich von 50 auf 75 €. Ob diese Entscheidung in der gegenwärtig angespannten Finanzlage sinnvoll war, muss jede/r Kreisrät*in für sich entscheiden. Wir haben jedenfalls mehrheitlich dagegen gestimmt. Unterstützt haben wir mehrheitlich den Antrag der CDU/FDP Fraktion auf Anschluss der Wirtschaftsregion Chemnitz/ Erzgebirge an das Wasserstoffkernnetz der Bundesrepublik Deutschland. Es ist schon verwunderlich, dass man seitens der Bundesregierung ganzen Wirtschaftsregionen Entwicklungsperspektiven vorenthält. Letztlich gab es als Informationsvorlage den Beteiligungsbericht des Erzgebirgskreises für 2022. Beteiligungen des Erzgebirgskreises an den unterschiedlichsten Firmen und Zweckverbänden.

Frank Dahms

Fraktionsvorsitzender Fraktion der LINKEN im Kreistag Erzgebirgskreis

Sachsen Monitor zeigt desaströses Versagen der Regierenden

Zu den Ergebnissen des heute veröffentlichten Sachsen Monitors äußert sich Stefan Hartmann, Vorsitzender von Die Linke Sachsen, wie folgt:

„Die Sächsinen und Sachsen erwarten eine Politik, die die Grundlagen für ein gutes Leben schafft und das mit Recht. Die Bundes- und die Landesregierung liefern nicht. Statt mit klugen Entscheidungen den Krisen unserer Zeit zu begegnen wird vor allem Klientelpolitik für Reiche gemacht. Der neuerliche Vorstoß von Finanzminister Lindner, den Kinderfreibetrag zu erhöhen, das Kindergeld aber nicht, ist nur das aktuellste von zahlreichen Beispielen.

Die Ergebnisse des Sachsen Monitors zeigen deutlich, wie unzufrieden die Menschen in Sachsen zurecht sind. Zwei Drittel sind der Meinung, dass es ungerecht zugeht in Deutschland. Die Regierenden müssen endlich die Scheindebatten, etwa um die Höhe des Bürgergelds beenden und stattdessen anpacken: Eine Investitionsoffensive in die öffentliche Daseinsvorsorge und in unsere Industrie muss die Wirtschaft in Schwung bringen, gleichzeitig braucht es ein starkes Eintreten für gute Arbeitsbedingungen und Löhne. Die Lebensmittelpreise und Mieten müssen runter, hier braucht es einen mutigen Staat, der eingreift. Eine Vermögenssteuer muss her, um die Krisen des Bildungs- und Gesundheitssystems zu überwinden. Jeder verschenkte Tag stärkt die Faschistinnen und Faschisten.“

Die Bundesregierung versenkt die Solarindustrie und mit ihr die Zukunft der deutschen Industrie

Im Hinblick auf die mögliche Schließung des Freiburger Werks durch den Solarpanel-Hersteller Meyer Burger erklären der Landesvorsitzende von Die Linke Sachsen, Stefan Hartmann sowie die Landesvorsitzende von Die Linke Sachsen-Anhalt, Janina Böttger:

„Die Ankündigung ist ein weiterer Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Ampel-Regierung, dass ihr festhalten an der Investitionsbremse droht, die deutsche Industrie auf Jahre hin zukunftsunfähig zu machen. Während andere Länder, etwa die USA mit ihrem Inflation Reduction Act, Milliarden in den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft stecken, stehen Deutschland und die EU daneben und ruhen sich auf den Erfolgen der Vergangenheit aus.

Die Solarindustrie ist eine Schlüsselindustrie für die Zukunft der deutschen Energieversorgung und für die industrielle Entwicklung in der EU. Sie zu fördern ist eine notwendige Voraussetzung für den Abbau von globalen Abhängigkeiten und Risiken. Stattdessen wirft die Bundesregierung ihr immer wieder Stöcke zwischen die Beine. Als Linke sind wir solidarisch mit den rund 500 Beschäftigten, deren Arbeitsplätze nun bedroht sind. Wir können uns nicht leisten diese hochqualifizierten Fachkräfte zu verlieren.

Die Bundesregierung und die EU müssen unverzüglich handeln. Es braucht ein Ende der unsinnigen Zukunftsbremse um endlich die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hochzufahren und damit die Wirtschaft zu stärken. Diese müssen klar an soziale und ökologische Bedingungen, etwa den nachhaltigen Umbau, geknüpft sein. Gleichzeitig braucht die Solarindustrie eine europäische Antwort auf die Subventionspolitik Chinas und der USA. Jedes weitere Zögern vernichtet Arbeitsplätze.“



Gedanken An Rosa und Karl in Zwickau

Am 21.1.24, traditionell eine Woche nach dem eigentlichen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, lud Die Linke auf den Platz der deutschen Einheit nach Zwickau ein, um eben jenes durchzuführen. Neben Genossinnen und Genossen der Linken folgten der Einladung ebenfalls Sympathisierende u.a. vom VVN-BDA

Nach der Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden Frank Dittrich folgten kurzweilige Redebeiträge von Stadt- und Kreisrätin Ute Brückner (Die Linke) sowie der ehemaligen SPD-Oberbürgermeisterin Pia Findeiß. Ute Brückner ging hierbei auf die historischen Ereignisse und die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht ein. Somit spannte sie einen schlüssigen Bogen von der Vergangenheit ins Heute.

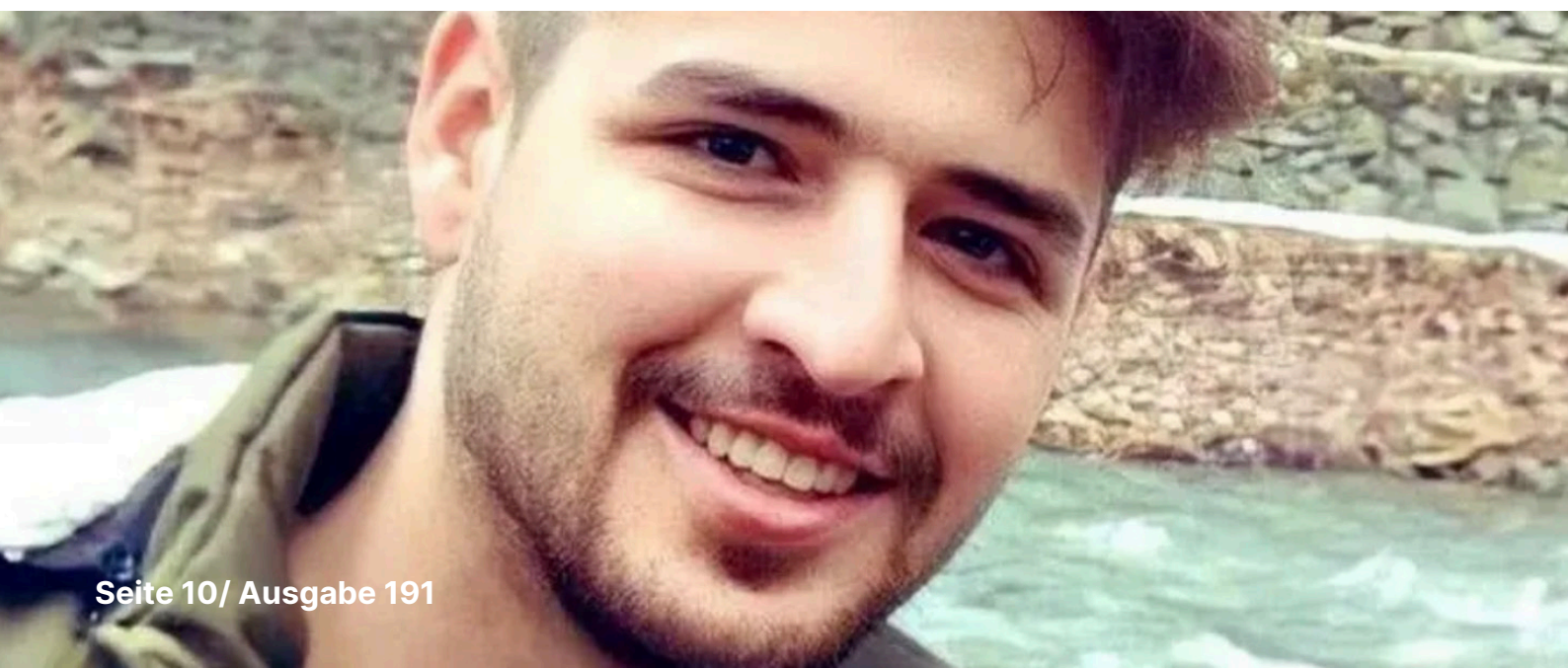
Die perversen Faschismus-Fantasien von der sogenannten AfD und teilen der CDU mahnen uns: Es ist Zeit laut zu werden und mehr denn je für eine offene, demokratische Gesellschaft zu kämpfen. Trotz alledem !

Neben vielen Städten in Deutschland kann man sich für dieses Anliegen am 28.1. ab 14 Uhr auch in Zwickau stark machen. Doch auch am Arbeitsplatz, im Sportverein oder in der Familie gilt es seine Stimme zu erheben, wenn rassistische Aussagen, verkürzte Regierungskritik oder menschenverachtende Aussagen getätigt werden. Die Geschichte mahnt und lehrt uns. Dieser sehen wir uns als Linke verpflichtet und kämpfen für ein besseres morgen.

Presseerklärung: Tod von Mohammad Ghobadlou:

„Die Nachricht von der Hinrichtung Mohammad Ghobadlous heute Morgen hat mich schwer getroffen. Es ist entsetzlich, dass das Todesurteil nun doch vollstreckt wurde. Mohammads Familie und Unterstützer, auch ich, hatten Hoffnung gefasst, nachdem der Oberste Gerichtshof im Iran das Todesurteil vor wenigen Monaten zunächst ablehnte. Nun wurde es dennoch kurzfristig durch die iranische Justiz an die Abteilung für die Vollstreckung der Todesstrafe in Robat Karim weitergeleitet und heute vollstreckt. Dieses willkürliche Vorgehen zeigt wieder einmal die brutale Handhabe des Mullah-Regimes mit politischen Gefangenen. Dass die Anordnung so kurzfristig erteilt wurde, kommt für alle unerwartet, auch im Vergleich zu bisher vollzogenen Hinrichtungen. Das ist eine Zäsur“, so Clara Bünger, Abgeordnete der LINKEN im Bundestag und politische Patin von Mohammad Ghobadlou. Bünger weiter: „Mohammad Ghobadlou wurde verhaftet, als er sich mit den Protesten der Frauen im Iran solidarisierte. Anfang November 2023 wurde er durch das Teheraner Revolutionsgericht in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Nach Angaben seiner Mutter hat das Gericht die Anwälte des 24-Jährigen entlassen und erlaubte ihnen nicht, das Gerichtsgebäude zu betreten.

Er wurde ohne Präsenz eines Anwalts verhört und am ersten Tag seines Gerichtsverfahrens zum Tode verurteilt. Solch ein rechtswidriges Verfahren ist nicht hinnehmbar. Für die Verurteilung von Mohammad Ghobadlou ist Abolqasem Salavati verantwortlich, der auch als ‚Richter des Todes‘ bekannt ist. Er hat noch mindestens fünf weitere Menschen im Zusammenhang mit den Protesten im Iran zum Tode verurteilt. Die Bundesregierung und die EU müssen dafür sorgen, dass Richter wie er niemals einen sicheren Ort in der EU finden. Die Nachricht von Mohammad Ghobadlous Tod macht mich unendlich traurig, meine Gedanken sind bei seinen Angehörigen und den vielen weiteren Opfern des Regimes, die bereits hingerichtet wurden. Als Abgeordnete des Deutschen Bundestags habe ich eine Patenschaft für ihn übernommen, um mich für sein Leben und seine Freiheit einzusetzen. Niemand darf inhaftiert oder gar getötet werden, weil er sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt hat. Alle politischen Gefangenen im Iran müssen umgehend freigelassen werden.“



Vortragsangebot: Aktuelles aus Kuba

Zum 65. Jahrestag seiner Revolution steht Kuba unter großem wirtschaftlichem Druck, seine sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Unerbittlich stranguliert die unter Ex-Präsident Trump verschärfte US-Blockade Kubas Menschen; die erneute Verleumdung als angeblich den internationalen Terrorismus förderndes Land bedeutet erhebliche Einschränkungen für den Import lebensnotwendiger Güter. Zusammen mit den Folgen der Pandemie hat dies zu einer schweren Wirtschaftskrise in Kuba geführt. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vergangenen Jahr um ein bis zwei Prozent. Verschärft wird die Lage durch Devisenknappheit, Inflation und Migration vor allem junger Menschen. „Momentan arbeiten wir in einem Szenario der Kriegswirtschaft“, erklärte Premierminister Manuel Marrero. Die kubanische Nationalversammlung beschloss deshalb zum Jahresende 2023 Maßnahmen, um makroökonomische Verzerrungen zu beseitigen, den Mangel an erschwinglichen Gütern für die Bevölkerung zu bekämpfen und die Wirtschaft anzukurbeln. Diese beinhalten Preissteigerungen für Treibstoff, Strom, Gas, aber auch Gehaltserhöhungen im Gesundheits- und Bildungsbereich. Eine Dynamisierung soll es bei der Genehmigung neuer Privatunternehmen auf kommunaler Ebene geben. Geplant sind auch Anpassungen beim Bezug der stark subventionierten Lebensmittel, die über das staatliche System "Libreta" abgegeben werden. 2024 soll die Wirtschaft wieder um zwei Prozent wachsen.

Wie es um Kuba steht, welche Partner das Land unterstützen, welche Perspektiven neue Initiativen wie BRICS bedeuten können und was die Solidaritätsprojekte von Cuba sí bewirken – Antworten auf diese Fragen beantworten wir gern bei einem Vortrag mit anschließender Diskussion. Gern kommen wir zu Euch – wir freuen uns auf Eure Anfrage!

Kontakt: Miriam Näther, Cuba sí AG in der Partei Die Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030 2400 9455 und -457, berlin@cuba-si.org

Besucherfahrt zum Deutschen Bundestag

Folgende Termine für Besuchsfahrten zum Deutschen Bundestag auf Einladung von Clara Bünger gibt es im Jahr 2024:

5.5. bis 7.5.

30.6. bis 2.7.

17.11. bis 19.11.

Es sind Fahrten mit zwei Übernachtungen im Hotel und Halbpension, Besuchsprogramm im Bundestag mit Gespräch mit der Abgeordneten sowie Besuch von Ministerien, Gedenkstätten und einer Stadtrundfahrt unter politischen Aspekten. Die Fahrt ist kostenlos. Bei Interesse werden folgende Angaben aller Mitreisenden benötigt:

Name, Vorname

Komplette Anschrift

Geburtsdatum

Geburtsort

E-Mail

Telefon (wenn mgl. Mobil)

Vegetarier ja/nein

Im Zimmer mit...

Anmeldungen sind unter clara.buenger.ma06@bundestag.de möglich.

Nominierungsveranstaltung Erzgebirge

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Kandidierende,

der Kreisvorstand lädt euch / Sie zu unserer Nominierungsveranstaltung am Sonnabend, dem 03. Februar 2024 August-Bebel-Straße 4, 09427 Ehrenfriedersdorf

recht herzlich ein.

Beginn: 10:00 Uhr Ende: ca. 16:00 Uhr

Die Nominierungsveranstaltung wurde am 18.10.2023 vom Kreisvorstand einberufen.

Tagesordnung:

- Eröffnung
- Beschluss über die Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahl der Arbeitsgremien und Versicherung an Eides statt
- Wahl der Bewerber*innen zur Kommunalwahl am 09.06.2024 Kreistag-Wahlkreise 1bis14 Wahlbewerber*innen für die Wahlen zu den kommunalen Vertretungskörperschaften (bei Bedarf)
- Vorstellung, Anfragen und Wahl der Kandidat*innen
- Schlusswort

Nominierungsveranstaltung Zwickau

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Beschluss B 9 – 025 des Landesvorstandes vom 08.01.24 wurde die Kreiswahlversammlung zur Wahl der Wahlkreisbewerber*innen für die Landtagswahlkreise und der Vertreter*innen für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl für Sonnabend, den 2. März 2024 – ab 09:00 Uhr in der „Sachsenlandhalle“ Glauchau, An der Sachsenlandhalle 3 in 08371 Glauchau einberufen.

Sowie in Vorbereitung der Kommunalwahl 2019 erfolgt die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Wahlkreise 1 bis 14 (Kreistag Zwickau) sowie für die Stadt- und Gemeinderäte am Sonnabend, den 2. März 2024 – ab 11:30 Uhr in der „Sachsenlandhalle“ Glauchau, An der Sachsenlandhalle 3 in 08371 Glauchau.

Dazu laden wir euch herzlich ein. Einladungen mit detaillierter Tagesordnung zu den Veranstaltungen werden euch noch zugeschickt.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge
V.i.S.d.P. C. Roffalski

Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr

Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge

IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56

Sitz des Kreisvorstandes

Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema

Internet: www.dielinke-erzgebirge.de

Beiträge und Meinungen an redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 25.02.2024